Antrag

beschlossen von der 199. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 12. November 2026

Vorarlberger Gleichstellungsbericht 2026 – Handlungsempfehlungen jetzt umsetzen

Seit dem Jahr 2000 werden in Vorarlberg regelmäßig frauen- und gleichstellungspolitische Berichte erstellt. Der aktuelle Gleichstellungsbericht 2026 zeigt, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten weiterhin viele Lebensbereiche von Frauen in Vorarlberg prägen. Um Gleichstellung voranzutreiben, braucht es sowohl gesetzliche Rahmenbedingungen wie Entgelttransparenz, Diskriminierungsschutz und Zielvorgaben für Gremien als auch eine breit verankerte gleichstellungspolitische Debatte. Der Bericht nennt zentrale Handlungsfelder und Empfehlungen:

- Kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen:
  Geschlechterstereotype und traditionelle Rollenbilder beeinflussen nach wie vor die Aufteilung unbezahlter Arbeit, insbesondere bei Betreuungspflichten. Dies führt zu Erwerbsunterbrechungen und langfristigen Nachteilen für Frauen. Eine kritische Reflexion von Rollenbildern und die Einbindung von Männern, etwa durch Männerarbeit, sind wichtige Hebel für mehr Gleichstellung.
- Sensibilisierung für ökonomische Abhängigkeit:
  Frauen sind in Vorarlberg überdurchschnittlich oft von Einkommensnachteilen und ökonomischer Abhängigkeit betroffen, besonders bei Trennung oder Scheidung. Sensibilisierung und Beratung sollen Frauen und Männer über die langfristigen Folgen von Karriereentscheidungen und Erwerbsunterbrechungen informieren.
- Vereinbarkeitsfreundliche Arbeitsbedingungen:
  Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für Gleichstellung besonders relevant. Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeit sollen auch für Männer möglich sein, um die Verteilung unbezahlter Arbeit auszugleichen. Unternehmen, besonders in männerdominierten Branchen, müssen für diese Themen sensibilisiert werden.
- Aufwertung der institutionelle Kinderbildung und -betreuung:
  Leistbare, bedarfsgerechte Kinderbetreuung ist eine Grundvoraussetzung für die Berufstätigkeit von Eltern. Neben dem Ausbau von Plätzen braucht es ein flexibles, qualitätsvolles Angebot und eine öffentliche Aufwertung der institutionellen Kinderbildung, um Vorurteile und Rollenbilder abzubauen.
- Teilzeit: Chancen und Herausforderungen:
  Teilzeit bietet Vorteile, bringt aber auch Benachteiligungen im Beruf mit sich.

Betriebe sollten Karriereperspektiven und Führungspositionen auch in Teilzeit ermöglichen, etwa durch Modelle wie „Shared Leadership“.

Landesrätin Barbara Schöbi-Fink hat einen regionalen Aktionsplan und weiteren Dialog angekündigt. Damit kommt sie einer langjährigen Forderung der Arbeiterkammer Vorarlberg nach einem Aktionsplan nach. Das in der Verfassung verankerte politische Ziel der Gleichstellung braucht dringend einen regionalen Aktionsplan, um vorhandene Maßnahmen und Ressourcen aktiv steuern zu können.

Die 199. Vollversammlung der Arbeiterkammer Vorarlberg fordert daher die Vorarlberger Landesregierung auf:

1. **die gemeinsame Arbeit an einem Regionalen Aktionsplan schnellstmöglich, unter Einbindung der weiteren Auftraggeber des Gleichstellungsberichts, der Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, und unter Bedachtnahme sämtlicher sich aus dem aktuellen Gleichstellungsbericht ergebenden Handlungsfelder und -empfehlungen zu erarbeiten und konsequent umzusetzen,**
2. **dabei soll der Gleichstellungsbericht als Monitoring Instrument des Aktionsplans zur Gleichstellung verankert werden. Die im Aktionsplan definierten und an Indikatoren gekoppelte Ziele könnten dadurch regelmäßig gemessen (alle 2 Jahre) und in die Ergebnisse als Basis zur Steuerung dienen.**
3. **Die neue Zusammensetzung des Ressorts von LR Barbara Schöbi-Fink als Chance für themenübergreifende Maßnahmen in den Bereichen bzw. Abteilungen Gleichstellung und Elementarpädagogik (Problemstellung Ganztagesbetreuung) zu nutzen und**
4. **den Gleichstellungsbericht auch innerhalb der Landesverwaltung in allen Ressorts zu diskutieren um auch Ressortübergreifende (z.B. mit Arbeit und Wirtschaft, Bildung) Maßnahmen zu entwickeln und Ressourcen einzusetzen.**